

Die Meinung der Parteien:

Politische und wirtschaftliche Sicherheit im Vordergrund - Keine Änderung
der 5%-Klausel - Dr.Krone auf einer CDU-Kundgebung in Hannover

(nsp)Hannover.- Die CDU gehe mit den besten Erfolgsaussichten in die kommenden Bundestagswahlen, da sie in ihrer nunmehr neunjährigen politischen Verantwortung tatsächliche Erfolge aufzuweisen habe, erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Dr.Krone auf einer Vertriebenenkundgebung in Hannover. Auch die Politik der künftigen Bundesregierung müsse vor allem von der Sorge um die politische und wirtschaftliche Sicherheit im Innern und Äusseren getragen werden. Die Rentenreform mit ihren jährlichen Mehrausgaben von 5,5 Milliarden DM können nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung fortgesetzt würde. Unter Bezugnahme auf die letzte Bundestagsdebatte stellte der Fraktionsvorsitzende die klare Haltung der CDU den mehr oder weniger nur verschwommenen Gedanken der SPD gegenüber, bei deren Verwirklichung sich Deutschland zwischen alle Stühle setzen und seine bisherigen Verbündeten enttäuschen würde. Es sei das Schicksal Deutschlands gewesen, seit der Jahrhundertwende immer allein zu stehen oder Bundesgenossen zu haben, auf die es sich nicht verlassen konnte. Durch die Politik Adenauers hätten wir in der ganzen Welt und zwar in kurzer Zeit uns ein Vertrauen erworben, durch das unsere bisherigen Gegner nunmehr Freunde und Bundesgenossen wurden. Diese Bundesgenossenschaft schliesse auch eine Fühlungnahme mit der Sowjetunion nicht aus, wobei allerdings irgendwelche Zugeständnisse auf Kosten unserer politischen Freiheit ausgeschlossen seien. Zu den gegenwärtigen Beratungen über eine Änderung des Bundeswahlgesetzes erklärte Dr.Krone, dass für die CDU/CSU-Fraktion eine Änderung der 5 %-Klausel nicht annehmbar sei. Selbstverständlich sei sie aber jederzeit bereit, denjenigen Parteien, die bisher in der Koalition mitarbeiteten, jede nur mögliche Hilfe zum Überwinden dieser Sperre auf anderem Wege zu geben. Für Niedersachsen käme zu diesem Zweck eine Absprache mit der Deutschen Partei für bestimmte Wahlkreise in Betracht. - 5 nsp 17.00 4.2. Ende